

32. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 23. JANUAR 2007

Vorlage Nr. 907

ANTRAG

Zu TOP

12

I N T E R F R A K T I O N E L L E R A N T R A G

des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, des Stadtrats Michael Obert und der Stadträtin Rita Fromm (FDP/Aufbruch) sowie der FDP/Aufbruch-Gemeinderatsfraktion vom 14. November 2006

Mehrgenerationen-Wohnprojekt

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein oder mehrere Grundstücke für Mehrgenerationen-Wohnprojekte auszuweisen und Initiativen, Baugruppen, Baugenossenschaften und freie Träger mit entsprechenden Konzepten zur Bewerbung um Realisierung eines solchen Projektes einzuladen.

Sachverhalt/Begründung:

In Karlsruhe hat sich ein Stadtbauforum und die Fahrt des Planungsausschusses nach Nordrhein-Westfalen intensiv mit dem Thema "Mehrgenerationen-Wohnprojekt" befasst. Die in Augenschein genommenen Modellprojekte in Münster und Dortmund haben in überzeugender Weise die angestrebte Interaktion zwischen den vier Lebensaltern verwirklicht.

Die Art des Zusammenlebens, der juristische Rahmen, die Finanzierung, aber auch die Grundrissgestaltung und die Entscheidung für ein Gemeinschaftshaus als Zentrum des Wohnprojektes wurde jeweils in einem intensiven Beteiligungsprozess im Vorfeld der Planung geklärt.

In allen bekannten Beispielen wurden solche Modellprojekte von kirchlicher oder städtischer Seite initiiert und der Beteiligungsprozess von professioneller Moderation begleitet. Dabei sind sowohl Miet- als auch Eigentumsformen möglich. Die Gemeinschaftshäuser, die von allen Bewohnern finanziert und getragen

werden, können über das Wohnprojekt hinaus Dienstleistungsdrehscheibe für den ganzen Stadtteil werden, da hier für alle Lebensalter attraktive Angebote gemacht werden, die zum größten Teil auf gegenseitigen Hilfsangeboten beruhen.

Hier könnte in einem zweiten Durchgang auch eine Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möglich sein.

Um ein solches Wohnmodell für Karlsruhe zu verwirklichen, sollten von der Stadt

ein oder mehrere geeignete Grundstücke ausgewiesen werden. Sinnvoll wäre außerdem eine fundierte Information der Bürgerinnen und Bürger über unterschiedliche Ansätze zur Verwirklichung von Modellprojekten und die fachkundige Begleitung von evtl. zustande kommenden Baugruppen durch Moderatoren.

Mehrgenerationen-Wohnprojekte in gestalterisch und ökologisch hervorragender

Bauweise könnten das Profil der Stadt stärken und beispielhaft für die gesamte Region werden.

gez. Klaus Stapf
gez. Anne Segor
gez. Michael Obert
gez. Rita Fromm

Hauptamt - Sitzungsdienste -
12.01.2007